

Impulse zum geplanten „Bundesinstitut für öffentliche Gesundheit“

Kernanliegen

- Die Expertise im Bundesinstitut für öffentliche Gesundheit muss alle Bereiche, auch jene, die über die klassische Gesundheitsforschung hinausgehen, umfassen
- Prävention muss Kernkompetenz des neuen Bundesinstituts für öffentliche Gesundheit sein, mit umfassenden Ressourcen und spezialisierten Fachabteilungen für zentrale Präventionsgebiete wie bspw. Schutzimpfungen
- Das Bundesinstitut muss mit umfassenden Kompetenzen zur Koordinierung und Vernetzung aller relevanten Partner im Public Health-System ausgestattet sein
- Das Bundesinstitut muss von Beginn an zentraler Bestandteil der Digitalisierungsstrategie des BMG sein und über die nötigen Zugänge zu relevanten Gesundheitsdaten verfügen

Einleitung

Die Bundesregierung hat in ihrem Koalitionsvertrag die Schaffung eines Bundesinstituts für Öffentliche Gesundheit festgelegt, um Koordination und Aufklärung im Public Health-Bereich zu stärken. Der Begriff Public Health bezeichnet Aktivitäten im Zusammenhang mit der Förderung der Gesundheit der Bevölkerung sowie der Vorbeugung von Erkrankungen. Offen ist bislang die Ausgestaltung des neuen Instituts ebenso wie das Zusammenwirken und die Abgrenzung zu anderen Behörden wie dem Robert Koch-Institut (RKI) und der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA).

Nicht zuletzt im Zuge der COVID-19-Pandemie sind wichtige Themen der öffentlichen Gesundheit wie psychische Erkrankungen, Hygienemaßnahmen, Infektionsschutz, gesundheitliche Aufklärung und wohnortnahe Versorgungsstrukturen in den Fokus gerückt. Die Vielfalt und Komplexität dieser Themen durch ein neues Institut in Ihrer Gesamtheit anzugehen, ist daher folgerichtig. Der Nutzen eines aktuellen und transparenten Impfmonitorings wurde beispielsweise ebenso offensichtlich wie die Erfolge zusätzlicher, niedrighwelliger

Impfangebote. Um diese Errungenschaften in einer ständig wachsenden Public Health-Landschaft nachhaltig zu etablieren und zu koordinieren, braucht es ein Institut, das die Ressourcen und Kompetenzen besitzt, alle Erkenntnisse des Public Health-Bereichs zu aggregieren, diese in Handlungsanweisungen zu transferieren und deren rasche Umsetzung zu erwirken.

Die nachhaltige Sicherung der Finanzen der gesetzlichen Krankenversicherung ist für viele Beteiligte des Gesundheitswesens aktuell das dominierende Thema. Mit dem Thema Prävention fällt dem neuen Bundesinstitut dabei ein sehr wichtiger Aufgabenbereich zu. Eine effiziente Präventionsstrategie kann durch einen hohen Gesundheitsschutz der Bevölkerung einen substanziellen Beitrag zur Entlastung der GKV-Ausgaben leisten.

Aus Sicht des vfa sind bei der Etablierung des Bundesinstituts für öffentliche Gesundheit folgende Punkte besonders wichtig:

1. Stärkung des Stellenwerts präventiver Maßnahmen

Während Deutschland eine solide Struktur in der Gesundheitsversorgung vorweisen kann, fehlt ein klar definiertes, koordiniertes Public Health-System. Dies stellt eines der Haupthandlungsfelder des neuen Bundesinstituts dar: die Erstellung einer klar definierten, nachhaltigen Strategie zur Verbesserung der öffentlichen Gesundheit in Deutschland.

Ein starkes Public Health-System in Deutschland trägt zur effizienten Kostenverteilung im Gesundheitswesen bei. Die Public Health-Landschaft in Deutschland wird zurzeit allerdings durch nicht hinreichend ausgeprägte Vernetzung untereinander darin geschwächt, eine effiziente Gesundheitsschutzstrategie für die Gesamtbevölkerung voranzutreiben. Unter dem Dach des neuen Bundesinstituts für öffentliche Gesundheit müssen daher alle zu berücksichtigenden Kompetenzen aus Naturwissenschaft, Medizin, Sozialwissenschaft, Kommunikation, Informationstechnologie und -wissenschaft gebündelt, interdisziplinär vernetzt und optimal eingesetzt werden.

Als elementarer Bestandteil von Public Health darf zudem das Thema Prävention nicht als Sammelbecken aller Maßnahmen und Themen im Zusammenhang mit Gesundheitsschutz verwässert werden. Stattdessen sollte zentralen Aspekten der Prävention dadurch Rechnung getragen werden, dass zentrale Themen wie z.B. Hygienemaßnahmen und Infektionsschutz, Impfprävention sowie gesundheitliche Folgen des Klimawandels im neuen Bundesinstitut für öffentliche Gesundheit intensiv bearbeitet werden können, bspw. in Form eigens dafür geschaffener Fachabteilungen, die zudem mit angemessener Personalstärke ausgestattet sein sollten.

2. Verpflichtung zu Public Health-Zielen

Integraler Bestandteil einer erfolgreichen Public Health-Strategie sollten klar definierte Zielsetzungen sein. Erfolgreichen Impfkampagnen aus der Vergangenheit zeigen deutlich die Notwendigkeit klar definierter Public Health- bzw. Impfziele. Die wenigen, von der Weltgesundheitsorganisation

(WHO) geforderten Impfziele werden in Deutschland allerdings nicht erreicht, mit der Folge, dass es wiederholt zu Krankheitsausbrüchen kommt. Das Bundesinstitut bietet die Möglichkeit für Deutschland, in der internationalen Gemeinschaft eine Vorreiterrolle einzunehmen. Die Verpflichtung zu konkreten, nationalen Public Health-Zielen würde ein wichtiges Signal setzen und gleichzeitig die WHO in ihrer Arbeit zur Verbesserung der öffentlichen Gesundheit auf internationaler Ebene unterstützen.

Zur Effektmaximierung sollten die Fachabteilungen des Bundesinstituts über ausreichend Befugnisse verfügen, konkrete Public Health-Ziele zu formulieren und deren Erreichen umzusetzen. Die Abteilung „Schutzimpfungen“ sollte beispielsweise durch die Koordination von Maßnahmen, Aktivitäten und Expertisen sicherstellen, dass:

- Impfeempfehlungen nachvollziehbar und verständlich der Gesamtbevölkerung und nicht ausschließlich medizinischem Fachpersonal zur Verfügung stehen,
- mit einer Empfehlung einhergehende Impfziele formuliert, Maßnahmen zur Erreichung erarbeitet und deren Umsetzung evaluiert werden,
- ein umfassendes, zeitnahes und transparentes Monitoring für alle empfohlenen Schutzimpfungen gewährleistet ist, um die Erfüllung von Impfzielen zu quantifizieren,
- darauf aufbauend, der Bevölkerung leicht verständliche Informationen zielgerichtet zur Verfügung gestellt werden.

3. Bewusstseinssteigerung für aktiven Gesundheitsschutz

Viele Maßnahmen aus dem Bereich des Gesundheitsschutzes und der Prävention sind seit jeher mit dem Problem des sogenannten Präventions-Paradoxons konfrontiert: Je effektiver eine vorbeugende Maßnahme ist, umso weniger wird deren Notwendigkeit im Nachhinein wertgeschätzt. Beispielsweise haben viele Infektionskrankheiten wie Kinderlähmung oder Wundstarrkrampf

mittlerweile ihren Schrecken verloren. Mitunter ist die weiterhin bestehende Notwendigkeit vieler Schutzimpfungen großen Teilen der Bevölkerung nicht mehr in dem Maße bewusst, wie es nötig wäre. Daher sollte eine wichtige Aufgabe des Bundesinstituts für öffentliche Gesundheit darin bestehen, das Bewusstsein für den hohen Nutzen von vorbeugenden Maßnahmen zum Gesundheitsschutz nicht nur in der Bevölkerung, sondern auch bei allen Leistungserbringer:innen im Gesundheitswesen zu schärfen. Der Umstand, dass gesunde Menschen mittleren Alters am seltensten ärztlichen Kontakt haben, sollte hinterfragt werden. Es sollte eine der übergeordneten Aufgaben des Bundesinstituts für öffentliche Gesundheit sein, dafür zu sorgen, dass die Menschen ein gestärktes Interesse für ihre Gesundheit zeigen. Ergänzt durch strukturelle Veränderungen, die gewährleisten, dass Bedürfnisse der Menschen nach Gesundheitsinformationen schnell und niedrigschwellig befriedigt werden können, ließe sich viel für die Gesundheit der Bevölkerung erreichen.

4. Effiziente Weiterentwicklung bestehender Strukturen

Viele grundlegende Strukturen, die zur Verbesserung der öffentlichen Gesundheit notwendig wären, bestehen bereits, wurden bislang aber nicht ausreichend genutzt. Bei der Errichtung des Bundesinstituts für öffentliche Gesundheit ist daher vor allem darauf zu achten, wo möglich, auf bestehende Strukturen aufzubauen und vor allem den Öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD) nachhaltig zu stärken. Der ÖGD wurde in den vergangenen Jahren bei weitem nicht mit den notwendigen Ressourcen ausgestattet, die zur Erfüllung der vorgesehenen Aufgaben nötig gewesen wären. Durch einen gestärkten und gut ausgestatteten ÖGD ließen sich viele Bedarfe decken und Maßnahmen aufgreifen und ausbauen, um Möglichkeiten zu schaffen, niedrigschwellige Kontakte der Bevölkerung mit dem Gesundheitswesen zu ermöglichen, beispielsweise durch umfassende Informations- und Aufklärungsangebote in Schulen, Kitas und in Alltagssituationen. Das Bundesinstitut sollte die erforderlichen Kompetenzen erhalten, den ÖGD dabei in enger Abstimmung zu unterstützen und die Maßnahmen zu koordinieren.

Darüber hinaus existieren mit der BZgA, dem RKI, dem Bundesamt für Risikobewertung (BfR), dem Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM), dem Paul Ehrlich-Institut (PEI), dem Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) und vor allem der Nationalen Lenkungsgruppe Impfen (NaLI) bereits eine Vielzahl an Instituten und Einrichtungen, deren Expertise und Tätigkeitsbereiche momentan Aspekte der Public Health abdecken. Leider ist immer wieder zu beobachten, dass mit der Verteilung von Verantwortlichkeiten auf vielen Schultern häufig der Verlust eindeutiger Zuständigkeiten einhergeht und vielversprechende Kooperationsmöglichkeiten verpasst werden. Bei der Etablierung des Bundesinstituts für öffentliche Gesundheit sollten daher dringend die verschiedenen Möglichkeiten zur Vernetzung und interdisziplinären Arbeit dieser Akteure unter dem Dach des Instituts erörtert werden. Dem Bundesinstitut für öffentliche Gesundheit kommt dabei außerdem die zentrale Rolle zu, eindeutige Verantwortlichkeiten der einzelnen Akteure für die Erreichung der übergeordneten Zielsetzungen zu definieren sowie den Fortschritt bei ihrer Erreichung zu evaluieren.

5. Konstruktiver Dialog mit allen Beteiligten im Public Health-System

Zum nachhaltigen Aus- und Aufbau einer Public Health-Landschaft in Deutschland ist unbedingt darauf zu achten, dass Mechanismen zum Dialog mit allen betroffenen Akteuren geschaffen werden. Im Sinne einer „echten“ Public Health betrifft dies vor allem auch Fachgesellschaften aus den verschiedenen Bereichen, zivilgesellschaftliche Organisationen und Verbände, sowohl auf Bundes- und Landes- als auch auf kommunaler Ebene. Da Public Health-Maßnahmen die gesamte Bevölkerung in umfassenden Bereichen des täglichen Lebens betreffen, ist die frühzeitige Einbeziehung vielfältiger externer Expert:innen notwendig, um zum einen machbare Lösungen gemeinsam zu erarbeiten, die zum anderen anschließend auf breite Akzeptanz in der Bevölkerung stoßen. Dabei sollten die Dialogmöglichkeiten nicht auf einfache Anhörungen oder Stellungnahmen begrenzt sein, sondern auch Möglichkeiten zur Bildung von Partnerschaften, Allianzen und konzertierten Aktionen beinhalten. Dazu gehört nicht zuletzt auch die Möglichkeit zur Schließung von sogenannten

„Public-Private-Partnerships“, in deren Rahmen zentrale Projekte des Public Health-Bereichs ziel führend umgesetzt werden können. Sie bieten den Vorteil einer schnellen und flexiblen Umsetzbarkeit, gekoppelt mit unabhängiger und gemeinwohlorientierter Zielsetzung. So könnten sich leichter und effizienter unterschiedliche und angepasste Maßnahmen zur Verbesserung der Gesundheit der Bevölkerung und des Gesundheitsschutzes in Deutschland zunächst hinsichtlich ihrer Effektivität untersuchen, abstimmen und anschließend implementieren lassen.

6. Vernetzung mit Digitalisierungsstrategie

Ein weiterer wichtiger Baustein der Public Health ist die Digitalisierung des Gesundheitswesens. Das Potenzial der angekündigten digitalen Projekte stellen auch für die öffentliche Gesundheit in Deutschland große Chancen dar. Dabei ist darauf zu achten, das Bundesinstitut für öffentliche Gesundheit frühzeitig einzubeziehen und Public Health mitzudenken. Stehen Daten aus der geplanten elektronischen Patientenakte (ePA), dem eImpfpass oder dem eMutterpass zur Verfügung, würde dies einen echten Mehrwert für den Gesundheitsschutz der Bevölkerung bedeuten. Durch den eImpfpass ließen sich beispielsweise mit wenig Aufwand Strukturen schaffen zur persönlichen Impfeinladung oder für automatisierte, individualisierte Erinnerungssysteme für anstehende Auffrischimpfungen, beides Maßnahmen, die bereits vielfach in Untersuchungen ihren Beitrag zu höheren Impfquoten unter Beweis gestellt haben. Der eImpfpass stellt dabei eine leicht zu implementierende Lösung dar, die möglichst schnell umgesetzt werden sollte. Er bietet sich geradezu an als Leuchtturmprojekt und Vorreiter bei der Einführung einer ePA und es wäre fatal, dieses Potenzial ungenutzt zu lassen. Denn gelingt die Digitalisierung im Präventionsbereich zügig und effektiv, lassen sich wichtige Public Health-Ziele und -Parameter wie Impfquoten viel effektiver und vor allem schneller als bisher verfolgen und letztendlich durch gezielte, darauf basierende Maßnahmen auch schneller erreichen. Vor diesem Hintergrund sollten die Umsetzung der Digitalisierungsstrategie und die Etablierung des Bundesinstituts für öffentliche Gesundheit in enger Abstimmung und unter Einbeziehung aller Partner stattfinden.

Fazit

Dem Bereich Public Health wurde innerhalb des Gesundheitswesens in Deutschland in den vergangenen Jahren nicht ausreichend Aufmerksamkeit gewidmet. Dabei bieten kluge, zielgerichtete und nachhaltige Investitionen in diesen umfassenden Teil des Gesundheitswesens hervorragende Chancen, Kosten effizient zu verteilen und insgesamt die Gesundheitsversorgung zu verbessern. Nicht zuletzt die aktuelle Studie des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung (BiB) zur Lebenserwartung in Westeuropa zeigt deutlich auf, wie groß die Potenziale in Deutschland sind. Laut BiB liegt Deutschland hier auf dem vorletzten Platz. Als Hauptursache dafür identifizierte das BiB Defizite bei der Vorbeugung von Erkrankungen.

Die Etablierung eines Bundesinstitut für öffentliche Gesundheit in Deutschland ist somit sehr begrüßenswert. Gleichzeitig bestehen für das neu zu gründende Bundesinstitut bereits jetzt, bevor die Konzeptionierungsphase überhaupt abgeschlossen ist, diverse Herausforderungen. Nicht zuletzt die Ausstattung des Bundesinstituts für öffentliche Gesundheit mit umfassenden Ressourcen zur Bearbeitung essenzieller Themen wie Prävention und Infektionsschutz, sowie die Bündelung und Vernetzung bisher parallellaufender Strukturen wird sich nicht sofort umsetzen lassen.

Mit einer effizienten Priorisierung und dem notwendigen Augenmaß sollten sich diese Aufgaben jedoch erfolgreich angehen lassen, insbesondere wenn alle betroffenen Partner des Gesundheitswesens mit einbezogen werden.

Stand 05.2023